

Fragenkatalog zur Landtagswahl

Katharina Binz (Grüne)

Themenblock 1: Bildung

1. Wie stehen Sie/ steht ihre Partei zum Unterrichtsfach „Herkunftssprache“?

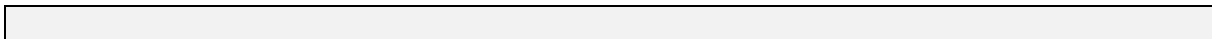
Herkunftssprachenunterricht ist eine wichtige Förderung der mehrsprachigen Kompetenz der Schüler*innen mit Migrationsgeschichte. Die Herkunftssprache ist neben der deutschen Sprache Teil ihrer Lebenswelt. Wir wollen diese Schüler*innen dabei unterstützen sich nicht nur mit der deutschen Sprache, sondern auch mit ihrer Herkunftssprache auseinanderzusetzen und ein Bewusstsein dafür zu entwickeln. Wir halten daher auch künftig am Herkunftssprachenunterricht fest. Wir streben zudem an, dass verbreitete Herkunftssprachen wie z.B. Türkisch auch als reguläres Unterrichtsfach im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts gewählt werden können.

2. Wie stehen Sie/steht ihre Partei zu vielfältigerem Religionsunterricht?

Wir befürworten neben dem christlichen und jüdischen Religionsunterricht den Aufbau eines islamischen Religionsunterrichts. Zum bekenntnisgebundenen Religionsunterricht muss es jedoch gleichwertige Alternativen geben, damit Schüler*innen und Eltern eine Wahl haben. Perspektivisch wollen wir ermöglichen, dass alle Schüler*innen im gemeinsamen Unterricht sowohl religionskundliche als auch ethische Inhalte lernen und diskutieren können.

3. In Kindergärten beträgt der Migrantenanteil bereits bis zu 70% und in Folge wächst natürlich auch stetig der Migrantenanteil in Schulen. Welche Maßnahmen sehen Sie für diese Situation heute und für die Zukunft?

Sprache ist ein wichtiger Schlüssel für Integration. Daher werden wir die Sprach- und Förderprogramme ausbauen. Auch werden wir dafür sorgen, dass Förder- und Integrationskräfte zielgerichtet eingesetzt werden, um Kinder und Schüler*innen noch besser zu fördern. Darüber hinaus schaffen Ganztagschulen den nötigen Raum und die Zeit für mehr individuelle Förderung, nicht nur für Kinder mit Migrationsgeschichte, sondern für alle Kinder.



4. Wie stellen Sie sich der Modernisierung der Schulen sowie der Investitionen in die Zukunft der Jugend?

Wir setzen uns für nachhaltige Schulbauten nach ökologischen Standards ein, die auch barrierefreiem und inklusivem Unterricht gerecht werden. Für die Digitalisierung der Schulen brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur, technischen Support und fitte Lehrkräfte durch eine verpflichtende Weiterbildung von Lehrkräften im digitalen Bereich. Die Finanzierung einer besseren digitalen Ausstattung der Schulen wollen wir fortführen. Mit der kostenfreien Schulbuchausleihe für Familien mit geringem Einkommen unterstützen wir einen gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem. Dieses Angebot wollen wir auf digitale Endgeräte und deren Support erweitern, damit bei der digitalen Bildung kein Kind zurückbleibt.

5. Die aktuelle Notbetreuung in Schulen und Kitas stellt das ganze Bildungssystem vor Herausforderungen. Wie würden sie/Ihre Partei vorgehen, um zu verhindern das gerade Kinder mit Migrationsgeschichte durch das Raster fallen?

Für Kinder, die die deutsche Sprache erwerben wollen, ist der Präsenzbetrieb von Kitas und Schulen sehr wichtig. Für uns ist klar: bei Lockerungen müssen die Kitas und Schulen oberste Priorität haben. Daher starten in Rheinland-Pfalz nun als erstes die Grundschulen mit dem Wechselunterricht. Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Kommunen die kompletten Sommerferien möglichst viele pädagogisch anspruchsvolle Ferienprogramme anbieten. Dafür wurden im letzten Jahr auf Initiative der GRÜNEN hin die finanziellen Mittel seitens des Landes aufgestockt.

6. Die Pandemie hat uns gezeigt, dass unser Bildungssystem eine Vielzahl an Baustellen aufweist. Was sind Ihre Pläne/die Pläne ihrer Partei für die Zukunft des Bildungswesens? Was sind hier ihre Prioritäten?

Wir wollen die Ganztagsangebote an den Schulen flächendeckend ausbauen, insbesondere an unseren Grundschulen. Wir werden auch dafür Sorge tragen, dass unsere Ganztagschüler*innen überall im Land ein gesundes und nachhaltiges Mittagessen bekommen. Darüber hinaus wollen wir die Eigenverantwortung der Schulen stärken und mehr Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams einsetzen, die den Schulalltag bereichern. Damit alle Kinder bestmöglich individuell gefördert werden und lange gemeinsam lernen können, wollen wir im Rahmen eines sozialindikatorgestützten Finanzierungssystems vor allem dort zusätzlich investieren, wo die Bedarfe besonders hoch sind.

Themenblock 2: Gesundheit

7. Es ist zunehmend der Fall, dass durch ausländische Fachkräfte und ein stetig wachsender Anteil der Migranten in der Medizinischen Versorgung und Pflege, mit sprachlichen Barrieren konfrontiert werden. Dies wird leider von den Einrichtungen selbst abgewiesen, weil sonst eine Gefährdung gegeben wäre. Welche Möglichkeit sehen Sie, beiden Seiten zu begegnen und vielmehr diese wachsende Problematik zu lösen.

Kurz- und mittelfristig werden wir vor allem den Pflegebedarf, aber teilweise auch den Bedarf an Ärzt*innen, nicht ohne Zuwanderung von Fachkräften decken können. Für eine erleichterte Zuwanderung bedarf es vereinfachter Anerkennungsverfahren und vor allem ausreichender Sprachqualifizierung. Wichtig ist, dass die ausländischen Fachkräfte sich mit den ihnen anvertrauten Menschen so verständigen können, dass die medizinischen Informationen verständlich ausgetauscht werden können. Hier wollen wir stärker in die Sprachförderung investieren. Ausländische Fachkräfte dürfen jedoch nicht aus Ländern angeworben werden, in denen selbst ein Fachkräftemangel besteht und eine Abwanderung dort Lücken in die Versorgung reißen würde.

8. Wie planen Sie nach dem Lockdown betroffene Gruppen, wie bspw. sozial Benachteiligte, Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, die durch die Pandemie u.a. berufliches aber auch psychosoziales Leid erfahren haben, nachhaltig zu unterstützen, sodass längerfristigen Folgen für diese Menschen entgegengewirkt werden kann? Gibt es Programme und Maßnahme, um hier Wirkungsprozesse zu verkürzen und soziale Teilhabe und Bildungsbeteiligung zu fördern und eine gerechte Ressourcenverteilung sicher zu stellen?

Wir wollen die Menschen mit ihren Stärken und in ihrem gesamten Lebenszusammenhang fördern und setzen uns für den Ausbau der Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort, im Quartier oder im Dorf ein. Wir fördern mit unserer Politik gezielt Frauen, damit sie sich gleichberechtigt am Erwerbsleben beteiligen können. Benachteiligte Jugendliche wollen wir beim Erwerb eines Schulabschlusses und dem Übergang in Ausbildung und Beschäftigung gezielt fördern. Wir werden uns für die Förderung von Jugendlichen mit Migrations- und Fluchtgeschichte einsetzen, indem wir bedarfsorientiert Deutschkurse anbieten und die Möglichkeiten zur Einstiegs- und Nachqualifizierung weiter ausbauen. Anerkennungsverfahren müssen erleichtert und die Maßnahmen für Integration durch Arbeitsmöglichkeiten ausgebaut werden.

Themenblock 3: Innenpolitik und Wirtschaft

9. Die Istanbul Konvention regelt den Schutz von Frauen, Müttern, und Familien. Die Umsetzung in Kommunen und Verwaltung ist noch in den Kinderschuhen.

Wie gedenken sie es künftig zu einer vernünftigen Umsetzung in den Kommunen werden zu lassen?

Die Umsetzung der Istanbul-Konvention ist für uns zugleich Verpflichtung und Ansporn, die Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen weiterzuentwickeln und auszubauen. Unser Ziel ist es, Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen sowie Frauenhausberatungsstellen weiter auszubauen. Das Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) weiten wir aus und richten weitere Interventionsstellen ein. Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) erarbeiten wir einen Landesaktionsplan gemeinsam mit der von uns eingesetzten Koordinierungsstelle und den gegen Gewalt tätigen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen.

10. Welche Programme und Maßnahmen planen Sie, um die Themen Vielfalt und Diversität als eine Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzutreiben, sodass eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft gefördert und insbesondere der institutionellen Benachteiligung entgegengewirkt wird?

Mit einem neuen Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt (Landesantidiskriminierungsgesetz) wollen wir das Diversity Mainstreaming als Prinzip der Landesverwaltung verankern und Diversity Management zu einer staatlichen Pflichtaufgabe machen. Rheinland-Pfalz als Land der Vielfalt zu entwickeln ist eine Daueraufgabe, die viele Bereiche des staatlichen Handelns betrifft. Das gilt beispielsweise für die Kitas, Schulen und Hochschulen unseres Landes. Den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung wenden, werden wir weiterhin unterstützend zur Seite stehen und ihre sinnvollen Projekte fördern.

11. Welche Pläne haben Sie/ihre Partei, um Flüchtlinge nach Erhalt des Aufenthaltsstatus eine langfristige persönliche Beratung zu ermöglichen, um die deutsche Gesellschaft kennenzulernen, sich auszubilden und einen Platz auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen?

Mit einem Integrationsförderungsgesetz für Rheinland-Pfalz wollen wir Integration als Querschnittsaufgabe gesetzlich festschreiben und Strukturen schaffen, um sie in Feldern wie Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur, Gesundheit und politischer Partizipation voranzubringen. Wir wollen die Bedingungen am Arbeitsmarkt für Geflüchtete verbessern, indem wir bürokratische Hürden abbauen. Wir wollen das Nachholen von Schulabschlüssen erleichtern und Menschen ohne Schulabschluss oder Auszubildenden das Recht auf Beschulung bis zum 25. Lebensjahr einräumen. Wir GRÜNE machen uns stark auf Bundesebene für ein modernes Einwanderungsgesetz mit der Möglichkeit, dass geduldete, gut integrierte Asylbewerber*innen, die bereits einer Arbeit nachgehen, eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten („Spurwechsel“).

12. Inwiefern wird sichergestellt, dass die Kommunen den geflüchteten Menschen trotz begrenzter finanzieller Ressourcen weiterhin ausreichende und spezifische Begleitung anbieten können?

Wir GRÜNE wollen ein kommunales Entwicklungsprogramm aufsetzen und die Integrationsarbeit der Kreise und Kreisfreien Städte gezielt fördern, damit sie die Integration vor Ort weiter voranbringen. Das Programm Integration fördern soll insbesondere die Koordinierungs-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Integration stärken, das heißt, eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten von der Kita über die Schule bis zum Betrieb und zum Jobcenter ermöglichen. Hierfür wollen wir kommunale Integrationszentren aufbauen.

13. Welche Lösungen haben Sie/ihre Partei, um sicherzustellen, dass die Kommunen mehr Geld für beispielsweise die Soziale Mietwohnraumförderung zur Verfügung haben und wie stehen Sie zu einer Investitionsverpflichtung für den Bau von erschwinglichen Mietwohnungen?

Wir wollen Wohnungsbaugesellschaften nicht nur in den Städten, sondern auch auf Kreisebene. Diese können überörtlich den Bedarf an Wohnungen in den Blick nehmen. Das Land soll durch eine zentrale Beratungsstelle Kommunen verstärkt die Informationen zu möglichen Instrumenten liefern. Mit einem Bodenfonds Rheinland-Pfalz kann Kommunen der Erwerb von zum Verkauf stehender Flächen und Immobilien erleichtert werden. Auch Landesflächen und -immobilien sollen über den Fonds den jeweiligen Kommunen vorrangig zugänglich gemacht werden. Mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit und einem verstärkten Vorkaufsrecht für Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen und dieser auch dauerhaft diesem Zweck gewidmet wird.

14. Was konkret meinen Sie, kann Rheinland-Pfalz tun, um die Situation geflüchteter Menschen in z.B. griechischen Lagern zu verbessern, die dort unter menschenunwürdigen Bedingungen leben? (z.B. keine Medizinische Versorgung, nicht ausreichend mit Wasser und Nahrung, Kinder mit Rattenbissen etc.)

Wir wollen Landesaufnahmeprogramme aufsetzen, um regelmäßig mehr schutzbedürftige Menschen aufnehmen zu können – zum Beispiel aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern oder aus den Erstzufluchtsstaaten.
Wir GRÜNE werden uns auf europäischer Ebene weiterhin für eine gemeinsame, solidarische und einheitliche europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik einsetzen. Die Verantwortung für die Aufnahme und Verteilung tragen alle Mitgliedsländer gemeinsam. Hier dürfen wir die primären Ankunftsländer mit dieser Aufgabe nicht alleine lassen, wir brauchen dringend einen fairen Verteilungsschlüssel in der EU. Für ein gut funktionierendes europäisches Asylsystem braucht es ebenfalls faire, schnelle und geordnete Verfahren an den EU-Außengrenzen.

15. Deutschland verliert langsam an Attraktivität für Fachkräfte und Unternehmen. Die Standortsicherung ist ein zunehmendes Thema, nicht nur für Industrie und Handel. Hierzu zählen insbesondere vorrangig, die schlechte Anbindung an den Rest der Welt, bei der Digitalisierung, die logistische Anbindung, sowie der langsamen und veralteten Verwaltung. Was gedenken Sie künftig dazu zu unternehmen?

Zur Attraktivität unseres Landes gehören die Möglichkeiten der digitalen und politischen Teilhabe genauso wie der Zugang zu Informationen und zu Mobilität, die wir ausweiten und verbessern wollen. Wir werden die entsprechende Infrastruktur fördern, so unter anderem den digitalen Service in den Verwaltungen ausbauen. Der digitale Wandel braucht eine starke Infrastruktur. Wir GRÜNE wollen den flächendeckenden Glasfaserausbau in Rheinland-Pfalz weiter vorantreiben. Durch digital unterstützte Formen des Arbeitens und bessere öffentliche Verkehrsanbindungen wollen wir auch Ansiedlungen, Leben und Arbeiten in den ländlichen Räumen in Rheinland-Pfalz wieder attraktiver machen.

16. Innovation ist in direkter Folge ein Thema, das mit der vorhergehenden Frage verbunden ist. Migranten tragen einen erheblichen Anteil dazu bei. Andere Länder haben hierzu richtige Pakete geschnürt um Unternehmen und Migranten, bzw. Zuwanderer zu gewinnen. Hierzu zählen, neben Förderung, Steuerbefreiung in den ersten Jahren, ein vereinfachtestes Steuergesetz, vergünstigte u. o. kostenlose Räumlichkeiten, etc. Was hat Ihre Partei in diesem Rahmen angedacht?

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz hängt sehr stark von der Innovationskraft des Landes ab. Wir GRÜNE wollen deshalb die Innovations- und Gründerzentren weiter fördern und die Einrichtung von Coworking-Spaces (gemeinsame Arbeitsorte für Freiberufler*innen, kleinere Start-ups oder digitale Nomaden) voranbringen. Wir werden die Beratungen für Unternehmen ausbauen und die Mittelstandslotsen personell verstärken. Eine Gründungsleitstelle Rheinland-Pfalz soll darüber hinaus die Bereitschaft zur Unternehmensgründung stärken. Gründungsstipendien und Gründungsdarlehen können helfen, Gründer*innen mit CO₂- und ressourcensparenden Geschäftsmodellen den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern.

17. Verwaltungen und Behörden sind veraltet und schlecht ausgestattet. Dazu kommt, dass obwohl wir mitten in Europa liegend, nur einsprachig vorgehen. Dokumente, Anträge etc. sind somit lediglich auf Deutsch. In anderen Ländern sind diese bereits zwei oder sogar mehrsprachig verfügbar (Englisch, Französisch, und Spanisch). Wenn wir von Europa sprechen und international agieren, gar Weltführend bleiben wollen, wäre es doch mehr als an der Zeit, auch hier Mehrsprachigkeit an zu denken, zumal wir einen wachsenden Anteil an Zuwanderern und Migranten in den nächsten Jahren benötigen. Wie sehen Sie es persönlich und wie von Seiten ihrer Partei?

Mit einem Klick am Ziel: So soll der Behördengang der Zukunft aussehen. Informationen und Zugänge einer bürgerfreundlichen Verwaltung müssen barrierefrei und in mehreren Sprachen sowie in verständlicher und einfacher Sprache angeboten werden. Die Einführung der Elektronischen Akte (E-Akte) vereinfacht die Abläufe intern sowie zwischen der Verwaltung und den Bürger*innen. Auf dieser Grundlage werden wir weiter aufbauen und dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern einnimmt. Zukünftig sollen alle Landesbehörden und -ämter mit offenen WLAN-Hotspots ausgestattet werden.

Themenblock 5: Fragen aus dem Chat

18. Integration und Arbeit im Grenzraum Deutschland/Luxemburg - Hier arbeiten Handwerksfirmen diesseits und jenseits der Grenze. Für EU- Bürger kein Problem. Aber für Geflüchtete - egal ob anerkannt oder nicht - ein Riesenproblem. Denn sie dürfen nicht jenseits der Grenze nach Luxemburg arbeiten. Dabei stellt sich der Arbeitsalltag der Firmen so dar, dass sie bei ihren Routen zur Erfüllung der Aufträge oft mehrmals am Tag die Grenze wechseln. All diese Firmen können Drittstaatler*innen nicht einstellen. Die hiesigen Firmen sind sehr zufrieden mit ihren Praktikant*innen mit Fluchthintergrund und bedauern sehr, diese nicht als Auszubildende einstellen zu können. Hier muss eine Regelung gefunden werden, die die zweitweise Arbeit im Nachbarland ermöglicht, auch wenn der Geflüchtete nur in Deutschland Asyl bekommen hat. Für den ländlichen Grenzraum ist das für den Mittelstand und die Geflüchteten sehr wichtig. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Es widerspricht den Zielen, die durch die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums in der EU und assoziierten Staaten erreicht werden sollen, wenn grenzüberschreitende Beschäftigung durch gegenläufige Regelungen verhindert wird. Gerade Rheinland-Pfalz mit seinen europäischen Grenzregionen hat ein besonderes Interesse daran, dass die Gewinnung und der Einsatz von Fachkräften für grenzüberschreitend tätige Firmen nicht durch entsprechende Regelungen ausgebremst werden. Deshalb werden wir uns für eine Regelung einsetzen, die Beschäftigung in grenzüberschreitend tätigen Firmen ermöglicht.

19. Hat Ihrer Meinung nach, die Freizügigkeit für Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz zur Integration beigetragen?

Ja, denn Integration kann nicht gelingen, wenn wir Menschen zwingen, an einem zugeteilten Ort zu leben. Eine allgemeine Wohnsitzauflage wäre ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Freiheitsrechte.

20. Machen Sie sich Sorgen, dass durch die Corona-Maßnahmen, sich die Protest-Stimmen für die politischen Ränder vermehren werden?

Einerseits zeigen bundesweite Umfragen eine grundsätzliche Befürwortung der Corona-Bekämpfungsmaßnahmen durch weit überwiegende Mehrheiten in der Bevölkerung. Auch ist in aktuellen Umfrageergebnissen nicht zu erkennen, dass die Parteien des rechten Randes von der Kritik und den Protesten gegen die Maßnahmen gestärkt würden. Ganz im Gegenteil verzeichnet die AfD seit Beginn der Corona-Krise rückläufige Umfragewerte. Andererseits nimmt die Verbreitung von Verschwörungstheorien seit Beginn der Krise zu. Verschwörungsglaube kann ein Radikalisierungsbeschleuniger sein. Um solch eine Radikalisierung zu verhindern, ist für uns Prävention der richtige Ansatz. Wir werden die Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fortführen, ausweiten und finanziell fördern.

21. Wo tangieren die Themen Migration und Integration Ihren Alltag?

Als Mainzerin und als Bewohnerin der Mainzer Neustadt liebe ich es in einem Stadtteil zu leben, der von so vielen unterschiedlichen Menschen geprägt ist. Dass alle hier gut und sicher leben können ist mir deshalb ein großes Anliegen.

22. Wo sieht man Ihrer Meinung nach, die Erfolge von Integration in Rheinland-Pfalz, speziell unter Berücksichtigung der vergangenen fünf Jahre und wo gibt es Ihrer Meinung nach noch Handlungsbedarf?

Das grün-geführte Integrationsministerium hat die landesgeförderten Deutschkurse neu konzipiert und der Kursumfang deutlich erweitert. Die Kurse werden auch für Menschen gefördert, die keinen Zugang zu bundesfinanzierten Integrations Sprachkursen und Berufssprachkursen haben. Viele Menschen lassen sich in Rheinland-Pfalz einbürgern. Das ist ein Zeichen dafür, dass unsere Integrationsarbeit gelingt und unsere Einbürgerungskampagne wirkt. Große Chancen liegen in der interkulturellen Öffnung. Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die das Land nur gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen und den Kommunen entscheidend voranbringen kann.

Fragen-Matrix

23. Menschen, die unter katastrophalen Zuständen in Lagern an den EU-Außengrenzen leben, muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Rheinland-Pfalz kann hierbei nicht nur auf eine gesamtdeutsche oder europäische Lösung warten, sondern muss eigene Maßnahmen einleiten.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

24. Die aktuelle Praxis der „Integrationsklassen“ (alle Schüler*innen mit Migrationsgeschichte werden in einer Klasse zusammengefasst, unabhängig von Sprachkenntnissen und schulischen Leistungen) ist kein probates Mittel, um Integration durch Bildung voranzutreiben und muss dringend überarbeitet werden.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

25. Die soziale Herkunft von Kindern spielt in Deutschland immer noch eine große Rolle. Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien oder Familien mit Migrationsgeschichte haben statistisch weniger Erfolg in der Schule. Um dies auszugleichen, sind massive Investitionen in Bildung notwendig.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

26. Die Zahlen der älteren und kranken Menschen mit Migrationsgeschichte werden in den kommenden Jahren weiter steigen. Daher ist es notwendig die Angebote an religions- und kultursensibler Pflege weiter auszubauen (zum Beispiel durch Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals) und mehr Möglichkeiten zur interkultureller Bestattung zu schaffen.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

27. Rheinland-Pfalz benötigt ein Antidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

28. Zum Thema racial profiling und Rassismus in Behörden und Sicherheitsorganen benötigt Rheinland-Pfalz eine breit angelegte Studie und einen verbindlichen Maßnahmenkatalog, welcher in Zusammenarbeit mit den Interessengruppen erarbeitet wird.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

29. Sprache schafft Realität. Daher ist es Aufgabe des Landes und der Bildungseinrichtungen, Behörden etc. des Landes, inkludierende Sprache zu verwenden und diskriminierende Begriffe zu ächten. Auch in Gesetzestexten, Schulbüchern etc.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

30. Politische Teilhabe muss in Rheinland-Pfalz unabhängig von Nationalität möglich sein. Daher ist eine Reform des kommunalen Wahlrechtes (perspektivisch auch des Landes- und Bundeswahlrechts) nötig, um auch Mitbürger*innen ohne deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit die Teilnahme an Wahlen zu ermöglichen.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

31. Um den demographischen Wandel und den drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss Rheinland-Pfalz die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt massiv erleichtern und ausländische Abschlüsse schneller und unbürokratischer anerkennen.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

32. Die interkulturelle Öffnung von Behörden, Sicherheitsorganen und öffentlichen Verwaltungen muss stärker vorangetrieben werden. Zum Beispiel durch eine Quote von Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

33. Um wirtschaftlich führend zu bleiben, benötigt Rheinland-Pfalz ein Paket an Anreizen, damit sich ausländische Unternehmen ansiedeln, beispielsweise Steuerentlastungen, finanzielle Förderung, kostenlose Räumlichkeiten.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu